



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Plenarsitzungsdokument*

---

**A7-0328/2012**

16.10.2012

# BERICHT

über die Arbeiten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP/EU  
2011  
(2012/2048(INI))

Entwicklungsausschuss

Berichterstatter: Norbert Neuser

RR\916004DE.doc

PE492.912v02-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG.....	8
ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS .....	11

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### über die Arbeiten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP/EU 2011 (2012/2048(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, das am 23. Juni 2000 in Cotonou unterzeichnet („Cotonou-Partnerschaftsabkommen“)<sup>1</sup> und am 25. Juni 2005 in Luxemburg und am 22. Juni 2010 in Ouagadougou geändert wurde<sup>2</sup>,
- gestützt auf die Geschäftsordnung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (PPV) vom 3. April 2003<sup>3</sup>, zuletzt geändert am 18. Mai 2011 in Budapest (Ungarn)<sup>4</sup>,
- unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstrumentes für die Entwicklungszusammenarbeit<sup>5</sup>,
- unter Hinweis auf die am 22. November 2007 in Kigali (Ruanda) von der PPV angenommene Erklärung für entwicklungsfreundliche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA)<sup>6</sup>,
- unter Hinweis auf die am 3. Dezember 2009 in Luanda (Angola) von der PPV angenommene Erklärung zur zweiten Überprüfung des Partnerschaftsabkommens AKP-EU („Cotonou-Partnerschaftsabkommen“)<sup>7</sup>,
- unter Hinweis auf das in Yaoundé (Kamerun) auf dem PPV-Regionaltreffen Zentralafrika angenommene Kommuniqué vom 29. April 2011<sup>8</sup>,
- unter Hinweis auf die von der PPV im Mai 2011 in Budapest angenommenen Entschlüsse zu: die demokratischen Erhebungen in Nordafrika und im Nahen Osten: Folgen für die AKP-Länder, Europa und die Welt, der Lage in Côte d’Ivoire, den Herausforderungen für die Zukunft von Demokratie und Verfassungsordnung in den AKP-Staaten und der EU sowie Haushaltsbeihilfen als Mittel der Erbringung öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) in AKP-Ländern und Wasserverschmutzung,
- unter Hinweis auf die von der PPV im Mai 2011 in Budapest angenommenen Erklärungen zum Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in

<sup>1</sup> ABl. L 317 vom 15.12.2000, S. 3.

<sup>2</sup> ABl. L 287 vom 4.11.2010, S. 3.

<sup>3</sup> ABl. C 231 vom 26.9.2003, S. 68.

<sup>4</sup> DV\875101.

<sup>5</sup> ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41.

<sup>6</sup> ABl. C 58 vom 1.3.2008, S. 44.

<sup>7</sup> ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 43.

<sup>8</sup> APP 100.945.

Busan (Südkorea) 2011 sowie „United for Universal Access“ vor dem Hintergrund des Hochrangigen Treffens 2011 zum Thema AIDS im Juni<sup>1</sup>,

- unter Hinweis auf die von der PPV im Jahre 2011 in Lomé angenommenen Entschlüsse zu den Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Partnerschaft AKP-EU, die Auswirkungen der Verschuldung auf die Entwicklungsfinanzierung in den AKP-Staaten zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den Entwicklungsländern, zur Nahrungsmittelkrise am Horn von Afrika, vor allem in Somalia, und zu den Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf Nachbarstaaten südlich der Sahara<sup>2</sup>,
  - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Entwicklungsausschusses (A7-0328/2012),
- A. in der Erwägung, dass die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin versichert hat, dass der Rat der EU auf Ministerebene an den Treffen der Versammlung vertreten sein sollte, sowie mitgeteilt hat, dass es sich bei der Tatsache, dass der Rat auf dem 20. Treffen in Kinshasa im Jahr 2010 nicht vertreten war, um eine einmalige Ausnahme gehandelt hat; in der Erwägung, dass der Rat der EU auf beiden Treffen im Jahr 2011 durch Minister vertreten war;
- B. in der Erwägung, dass die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU das größte parlamentarische Organ ist, das Länder sowohl des Nordens als auch des Südens umfasst;
- C. in der Erwägung, dass der ungarische Ratsvorsitz und verschiedene lokale Behörden einen wertvollen Beitrag zur Organisation und den Inhalten der 21. Tagung in Budapest geleistet haben;
- D. C. in der Erwägung, dass im Jahr 2011 zwei Sondierungsmissionen organisiert wurden, eine nach Timor Leste und die andere zum Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea);
- E. in der Erwägung, dass die Überarbeitung des Cotonou-Partnerschaftsabkommens 2010 eine wichtige Gelegenheit zur Stärkung der Rolle der PPV und zur Entwicklung ihrer regionalen Dimension sowie zur Entwicklung der parlamentarischen Kontrolle auf der Ebene der AKP-Regionen darstellte; in der Erwägung, dass das aktualisierte Abkommen erst Ende 2011 ratifiziert wurde;
- F. in der Erwägung, dass die PPV gemäß Artikel 8 des Cotonou-Abkommens in den politischen Dialog eingebunden werden muss;
- G. in Anbetracht des beträchtlichen Erfolges der regionalen Tagung der PPV 2011 in Kamerun, die zur Annahme des oben genannten Kommuniqués von Yaoundé führte, wo insbesondere auf die Entrüstung der Parlamentarier angesichts der zunehmenden sexuellen

---

<sup>1</sup> ABl. C 327 vom 10.11.2011, S. 42.

<sup>2</sup> ABl. C 145 vom 23.5.2012, S. 21.

Gewalt, der Risiken durch deren Banalisierung sowie der allgemeinen Straflosigkeit hingewiesen wird;

- H. in der Erwägung, dass die neuen Reisebestimmungen des Europäischen Parlaments für parlamentarische Assistenten es verhindern, dass die Mitglieder auf Missionen von ihren Assistenten begleitet werden;
1. begrüßt es, dass die PPV auch 2011 den Rahmen für einen offenen, demokratischen und vertieften Dialog zwischen der EU und den AKP-Staaten über das Cotonou-Partnerschaftsabkommen und seine Umsetzung, einschließlich der WPA-Verhandlungen bot;
  2. verweist auf die zusätzlichen Vorteile, die entstehen, wenn die Tagungen der PPV abwechselnd in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU abgehalten werden und vertritt die Auffassung, dass diese seit 2003 bestehende Rotation auch zukünftig beibehalten werden sollte,
  3. spricht dem ungarischen Ratsvorsitz seine Glückwünsche im Zusammenhang mit seinem aktiven Beitrag zur 21. Tagung aus, insbesondere bei den Workshops;
  4. hält es für dringend notwendig, den Ergebnissen der Tätigkeit der PPV AKP-EU mehr Beachtung zu schenken und Kohärenz zwischen ihren Entschlüssen und den Entschlüssen des EP zu gewährleisten; ist besorgt, über den Rückgang der Anwesenheit der Mitglieder, insbesondere in PPV-Ausschusssitzungen, und fordert eine stärkere Beteiligung der Mitglieder bei deren Treffen und Aktivitäten; fordert eine größere Flexibilität bei der Zulassung der parlamentarischen Assistenten zu den PPV, damit so die Qualität der Arbeit ihrer Mitglieder verbessert wird;
  5. weist darauf hin, dass die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin zugesichert hat, dass der Rat der EU auf den Treffen der Versammlung durch Minister vertreten sein wird; begrüßt, dass der Rat seit 2011 wieder an den Sitzungen teilnimmt und dass die Hohe Vertreterin eine Klärung der Stellung des Rates der EU angekündigt hat; fordert eine klarere Aufgabenteilung zwischen EAD und Kommission bei der Umsetzung des Cotonou-Partnerschaftsabkommens;
  6. betont die überaus wichtige Rolle der Parlamente der AKP-Staaten bei der Ausarbeitung und Überwachung sowie der Gebietskörperschaften und nichtstaatlichen Einrichtungen bei der Überwachung der Länder- und Regionalstrategiepapiere und bei der Umsetzung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und fordert die Kommission und die Regierungen der AKP-Staaten auf, deren Einbeziehung sicherzustellen; betont darüber hinaus die Notwendigkeit einer strengen parlamentarischen Kontrolle während der Verhandlungen über die WPA und bei deren Abschluss;
  7. ist besorgt angesichts der Kürzungen der Mittel für die Entwicklungspolitik in den Mitgliedstaaten; fordert die PPV auf, weiterhin Druck auf die EU-Mitgliedstaaten auszuüben, damit diese ihrer Verpflichtung nachkommen und das Ziel von 0,7 % bis 2015 erreichen; fordert die Parlamentarier der PPV auf, sich verstärkt der Frage zu widmen, wie die Mittel genau dort eingesetzt werden können, wo sie am notwendigsten sind, um die Armut zu bekämpfen, sowie sich mit einem differenzierten Ansatz bei den

Hilfsmodalitäten auseinanderzusetzen;

8. weist auf die Notwendigkeit hin, die Parlamente am demokratischen Prozess und an den nationalen Entwicklungsstrategien zu beteiligen; betont deren grundlegend wichtige Rolle bei Gestaltung, Kontrolle und Überwachung der entwicklungspolitischen Maßnahmen; fordert die Kommission auf, den Parlamenten der AKP-Staaten sämtliche vorhandenen Informationen vorzulegen und sie in diesem Prozess der demokratischen Kontrolle insbesondere durch Stärkung ihrer Kapazitäten zu unterstützen;
9. hält es für dringend notwendig, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Medien zu unterstützen, die zur Gewährleistung des Pluralismus und der Beteiligung der demokratischen Opposition und der Minderheiten an der Politik von wesentlicher Bedeutung sind;
10. fordert die EU und die AKP-Staaten auf, ihre Bürger, insbesondere Frauen, zu veranlassen, an der Lösung von Entwicklungsfragen mitzuarbeiten, da die Einbindung der Gesellschaft eine Voraussetzung für Erfolge auf diesem Gebiet ist; erkennt die Fähigkeit der Frauen an, Probleme zu lösen und Konflikte beizulegen, und fordert die Kommission und die PPV nachdrücklich auf, mehr Frauen in Task Forces und Arbeitsgruppen einzubinden und verweist in diesem Zusammenhang auf den wertvollen Beitrag des Frauenforums;
11. fordert die Parlamente auf, eine straffe parlamentarische Kontrolle über den EEF auszuüben; betont die privilegierte Position der PPV in dieser Diskussion und fordert die PPV sowie die AKP-Parlamente zur aktiven Teilnahme daran auf, insbesondere im Zusammenhang mit der Ratifizierung des geänderten Cotonou-Partnerschaftsabkommens;
12. fordert die Kommission auf, die PPV über den neuesten Stand der Ratifizierung des Partnerschaftsabkommens in der Fassung, wie es am 22. Juni 2010 in Ouagadougou geändert wurde, in Kenntnis zu setzen;
13. 10a. weist darauf hin, dass die PPV gemäß Artikel 8 des Cotonou-Abkommens in den politischen Dialog eingebunden werden muss und dass die PPV deshalb entsprechend informiert und einbezogen werden sollte;
14. verweist wiederholt auf die Bedeutung eines echten und umfassenderen politischen Dialogs über die Menschenrechte, einschließlich über die Nichtdiskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung;
15. nimmt erfreut den zunehmend parlamentarischen und damit stärker politischen Charakter der PPV sowie das verstärkte Engagement seiner Mitglieder und die gestiegene Qualität seiner Aussprachen zur Kenntnis, was die Partnerschaft AKP-EU erheblich bereichert;
16. ist besorgt angesichts der zunehmenden Gewalt und Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen in bestimmten Ländern; fordert die PPV auf, dieses Thema auf die Tagesordnung ihrer Debatten zu setzen;
17. verweist auf die Tatsache, dass die Diskussion über die Zukunft der AKP-Gruppen nach

2020 bereits im Gange ist und betont die zentrale Rolle, die die PPV im Rahmen dieser Diskussion spielt; verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, die künftigen Rollen und Beziehungen der einzelnen Gruppen zu klären (AKP, AU, LDC, G-77, regionale Gruppierungen); unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenden gemeinsamen parlamentarischen Kontrolle, unabhängig vom endgültigem Ergebnis;

18. verweist auf die Bedeutung der PPV für mehr Transparenz bei der Nutzung von und dem Handel mit Bodenschätzen und betont, dass die PPV in diesem Zusammenhang weiter auf eine geeignete Gesetzgebung in diesem Bereich drängen wird;
19. 14. fordert die PPV auf, die Entwicklungen in Nordafrika und den AKP Staaten, die sich in einer Krisensituation befinden, zu intensiv verfolgen und Problemen im Zusammenhang mit fragilen Staaten verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen;
20. fordert die PPV auf, weiterhin eigene Wahlbeobachtungsdelegationen auf der gleichen Grundlage wie bei der erfolgreichen Mission in Burundi im Jahr 2010 zu entsenden, insofern sie die doppelte Legitimität der PPV widerspiegeln, und dabei die Unabhängigkeit ihrer Wahlbeobachtungsmissionen und eine enge Abstimmung mit anderen regionalen Beobachtungsgremien zu sichern;
21. begrüßt es, dass 2011 ein weiteres im Cotonou-Partnerschaftsabkommen und der Geschäftsordnung der PPV vorgesehenes Regionaltreffen stattgefunden hat; ist der Auffassung, dass diese Treffen einen wirklichen Meinungs austausch zu regionalen Fragen wie Konfliktverhütung und -lösung, regionaler Zusammenhalt und WPA-Verhandlungen ermöglichen; empfiehlt die Organisatoren des erfolgreichen Treffens in Kamerun;
22. begrüßt den Abschluss der Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Arbeitsweise und die Annahme eines ersten Pakets von Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung in Budapest und fordert das PPV-Präsidium auf, auch die übrigen Empfehlungen umzusetzen, um die Effizienz und den politischen Einfluss der PPV bei der Umsetzung des Cotonou-Partnerschaftsabkommens und auf internationaler Ebene zu verbessern;
23. hebt die Bedeutung der im Rahmen der PPV-Treffen organisierten Besuche vor Ort hervor, die die Debatten auf der Tagung ergänzen;
24. fordert die PPV auf, mit ihren Überlegungen zu den Kosten für ihre Treffen fortzufahren;
25. begrüßt die Teilnahme von Vertretern des Europäischen Parlaments und der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung an der Tagung des informellen Rates der Entwicklungsminister, die vom polnischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union am 14. und 15. Juli 2011 in Sopot durchgeführt wurde, und fordert die künftigen Vorsitze des Rates der Europäischen Union auf, solche Tagungen ebenfalls durchführen;
26. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem AKP-Rat, der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem PPV-Präsidium sowie den Regierungen und Parlamenten von Ungarn und Togo zu übermitteln.

## **BEGRÜNDUNG**

Die Paritätische Parlamentarische Versammlung trat 2011 zweimal zusammen. Die 21. Tagung fand vom 16. bis zum 18. Mai in Budapest (Ungarn) und die 22. Tagung vom 21. bis zum 23. November in Lomé (Togo) statt. Dabei wurden zehn Entschlüsse und zwei Erklärungen verabschiedet. Außerdem fand in dem Jahr ein Regionaltreffen in Yaoundé (Kamerun) statt.

Im Verlauf ihrer Arbeiten begrüßte die PPV das für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständige Mitglied der Kommission, Andris Piebalgs. Die aufeinanderfolgenden Ko-Präsidenten des AKP-EU-Ministerrats nahmen ebenfalls an beiden Tagungen teil.

Außerdem nahmen teil:

S.E. Pál Schmitt, Präsident der Republik Ungarn, S.E. El-Hadj Bonfoh Abass, Präsident der Nationalversammlung von Togo, S.E. Mahamadou Issoufou, Präsident von Niger, und S.E. Faure Gnassingbé, Präsident von Togo.

Das Präsidium der PPV konnte zwei Sondierungsmissionen organisieren, eine nach Timor Leste und die andere zum Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea), entschied aber, es sei noch zu früh, um, wie ursprünglich geplant, eine Mission nach Fidschi zu entsenden. Die Teilnehmer der Mission nach Timor Leste hielten sich mehrere Tage im Zielland auf und kamen mit Vertretern aller wichtigen Behörden zusammen und unterstützten den Wahlprozess in dem Land, der 2012 abgeschlossen wird.

Entgegen der bisherigen Tradition dauerten beide Plenartagungen der PPV im Jahr 2011 jeweils nur drei Tage und nicht vier, wodurch erhebliche Einsparungen bei Unterbringung und damit im Zusammenhang stehenden Kosten möglich wurden.

### ***Ständige Ausschüsse***

Die drei ständigen Ausschüsse traten viermal zusammen: Zweimal im Rahmen der Tagungen (in Budapest und Lomé) und zweimal zwischen den Tagungen (in Brüssel). Die Hauptaufgabe der Ausschüsse ist, Berichte zu erstellen, die anschließend auf den Plenartagungen angenommen werden (insgesamt sechs Berichte pro Jahr).

Darüber hinaus obliegt den Ausschüssen die Weiterbehandlung der Entschlüsse durch die Anhörung der für die entsprechenden Bereiche zuständigen Kommissionsbeamten. Dies bietet Gelegenheit zu einem vertieften Dialog über die bisherige Weiterbehandlung mit ausreichend Zeit.

Die Teilnahme der europäischen Mitglieder der PPV sank weiter, was dazu führte, dass AKP-Mitglieder forderten, die Treffen neu anzusetzen, um Überschneidungen mit anderen Tätigkeiten des Europäischen Parlaments zu verhindern.

### ***21. Tagung in Budapest (Ungarn)***



Die 21. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung fand vom 16. bis 18. Mai in Budapest (Ungarn – Land, das den EU-Ratsvorsitz inne hat) statt.

Zusätzlich zu den drei Berichten der ständigen Ausschüsse zu Demokratie und Verfassungsordnung, Haushaltsbeihilfen und Wasserverschmutzung hat die PPV Entschlüsse zu den demokratischen Erhebungen in Nordafrika und im Nahen Osten und zur Lage in Côte d'Ivoire angenommen. Ferner wurden zwei Erklärungen – zur Wirksamkeit von Hilfsmaßnahmen und zu AIDS – sowie die vorläufigen Änderungen der PPV-Geschäftsordnung verabschiedet. Die Workshops zu Klimawandel und Landwirtschaft, konduktiver Förderung und Innovationen für die Entwicklung stießen auf reges Interesse der zahlreichen Teilnehmer.

## ***22. Tagung Lomé (Togo)***

Die 22. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung fand vom 21. bis zum 23. November in Lomé (Togo) statt.

Die Versammlung nahm im Rahmen der Berichte der ständigen Ausschüsse drei Entschlüsse an, und zwar zum Vertrag von Lissabon, zur Verschuldung und zu Personen mit Behinderungen. Die Versammlung nahm ferner Entschlüsse zur Lebensmittelkrise am Horn von Afrika und zu den Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf die Nachbarstaaten südlich der Sahara an. Zwei Erklärungen der beiden Ko-Vorsitzenden zu den Menschenrechten in Eritrea und zur Sicherheitslage in Somalia wurden ebenfalls verabschiedet.

Die Workshops zu Energie, Malaria und Jugendarbeitslosigkeit in Togo eröffneten gute Möglichkeiten, wichtige regionale Fragen umfassend zu erörtern.

## ***Sondierungsmissionen und Studienreisen***

Die Versammlung organisierte zwei Sondierungsmissionen, eine nach Timor Leste und die andere zum Vierten Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea). Die Mission nach Timor Leste, die erst in letzter Minute zustande kam, konnte ihre Aufgaben trotz logistischer Probleme wie fehlende Linienflüge und Hotelkapazitäten erfolgreich bewältigen. Die Mitglieder waren in der Lage, sowohl mit dem Präsidenten als auch mit Regierungsvertretern, Abgeordneten sowie mit Vertretern von vor Ort tätigen internationalen Organisationen bzw. der Zivilgesellschaft zusammenkommen. Die Mission unterstützte das Land bei seiner weiteren demokratischen Entwicklung durch Hilfe bei den Wahlen, die noch 2012 stattfinden sollen.

## ***Künftige Entwicklungen***

Die Paritätische Parlamentarische Versammlung hat sich dank der Qualität ihrer Arbeit als unverzichtbarer Akteur für die Nord-Süd-Zusammenarbeit durchzusetzen vermocht.

Die Versammlung hat eine bedeutende Rolle hinsichtlich des Fortgangs der Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) gespielt und spielt sie auch weiterhin. Die Anhörungen der Chefunterhändler beider Seiten, die Treffen mit Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft – sowohl im Rahmen offizieller Konferenzen als auch auf parallel dazu stattfindenden Veranstaltungen – und das Zusammenwirken der Parlamentarier aus Europa und dem Süden haben die Transparenz des Prozesses und eine stärkere

Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten gefördert. Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen kann es keinen Zweifel geben, dass die Tätigkeit der Versammlung den Prozess beeinflusst hat.

Im Jahr 2010 verhandelten die Kommission und die AKP-Staaten über Vorschläge für die zweite Überprüfung des Cotonou-Partnerschaftsabkommens. Der Ratifizierungsprozess begann 2011, konnte aber nicht abgeschlossen werden. Die Überprüfung sieht eine größere Rolle der PPV bei der Kontrolle anderer Institutionen sowie einen Prozess der Regionalisierung der AKP-Länder durch die WPA vor. Dabei ist es für die PPV wichtig, diese Entwicklungen aufmerksam zu beobachten, um die Weiterentwicklung der Institution und ihr Überleben bis zum Auslaufen des Cotonou-Abkommens im Jahr 2020 zu sichern. Der Entwicklungsausschuss ist ebenfalls eng in die Ratifizierung der Überprüfung durch das Europäische Parlament im Rahmen des Zustimmungsverfahrens eingebunden und es ist zu hoffen, dass noch 2012 ein Abschluss erzielt werden kann, trotz der unterschiedlichen Auffassungen zu den WPA und das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes hatten große Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der PPV und den anderen Institutionen und es bleibt zu hoffen, dass die Anwesenheit des Rates der EU auf beiden Tagungen im Jahr 2011 ein Signal dafür war, dass die Beziehungen zwischen dem Ratsvorsitz und dem EAD nunmehr klar geregelt sind und beide in der Lage sein werden, konstruktiv mit der PPV zusammenzuarbeiten, so wie es die Kommission in der Vergangenheit getan hat.

Schließlich hat die Arbeitsgruppe zur Arbeitsweise der PPV, die geschaffen wurde, um die politische Bedeutung der PPV zu stärken und ihre Effizienz zu erhöhen, ihre Arbeiten abgeschlossen und ein erstes Paket mit Änderungen der Geschäftsordnung vorgelegt, das in Budapest angenommen werden konnte. Obwohl es nicht möglich war, die verbleibenden Probleme im Zuge der 22. Tagung zu lösen, bleibt zu hoffen, dass ihre Vorschläge für weitere Änderungen der Geschäftsordnung noch 2012 angenommen werden können.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	9.10.2012
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 21 -: 0 0: 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Thijs Berman, Ricardo Cortés Lastra, Corina Crețu, Leonidas Donskis, Catherine Grèze, Eva Joly, Filip Kaczmarek, Miguel Angel Martínez Martínez, Gay Mitchell, Norbert Neuser, Bill Newton Dunn, Maurice Ponga, Jean Roatta, Michèle Striffler, Alf Svensson, Eleni Theocharous, Patrice Tirolien, Ivo Vajgl, Anna Záborská, Iva Zanicchi
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Cristian Dan Preda